



Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen

**Handlungsempfehlungen
zum Umgang mit der AfD**

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen

**Handlungsempfehlungen
zum Umgang mit der AfD**

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Herausgeber:
Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Autor_innen: Roman Guski, Laura Piotrowski, Simone Rafael,
Judith Rahner, Jan Rathje, Jan Riebe, Oliver Saal, Theresa Singer
Redaktion: Timo Reinfrank, Theresa Singer und Sofia Vester

April 2016
Cover:  Berlin
Typografie  Berlin und Theresa Singer

Vorwort

von Anetta Kahane

Nach den letzten Landtagswahlen ist es klar: Wir haben ein Problem mit parteigewordenem Rechtspopulismus. Der Umgang mit dem Rechts- extremismus vergangener Jahre hat schon gezeigt, wie wenig konfliktfähig die Gesellschaft in Deutschland ist. Statt einer klaren inhaltlichen und auch ordnungspolitischen Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie wurde zu lange herumgedrückt, verdrängt, verleugnet, gleichzeitig beschönigt und verharmlost.

In der deutschen Debattenkultur sind Sexismus und rassistische Ressentiments sichtbar vorhanden, andernfalls könnte die AfD nicht mit ebenso abwertenden wie Ängste schürenden Worten wie »Genderwahn« und »Asylflut« in der Mehrheitsgesellschaft punkten. So aber gelingt es rechtspopulistisch auftretenden Parteien wie der AfD, über aktuelle, kontrovers diskutierte Themen die etablierten Parteien vor sich her zu treiben, ohne den Anschluss an den gesellschaftlichen Mainstream zu verlieren. Zudem gelingt es der Partei geschickt, die beiden Themenkomplexe Geflüchtete und Gender zu verquicken und um die Komponente »Islam« zu erweitern. Wenige Tage nach den Landtagwahlen am 13. März 2016 wurde dem »Spiegel« eine interne Mail des AfD-Parteivorstands zugespielt. Diese offenbarte, dass islamfeindliche Positionen künftig einen neuen thematischen Schwerpunkt der AfD bilden sollen. Daneben instrumentalisiert die Partei feministische Forderungen nach der Emanzipation der Frau, um eigene Forderungen etwa nach einem Kopftuchverbot zu formulieren, mit denen Muslim_innen ein Anderssein und darin eine Minderwertigkeit zugeschrieben wird. Dabei ist die AfD gerade keine Fürsprecherin für Frauenrechte. Sie sieht Frauen vor allem in der Rolle als Hausfrau und Mutter. Die Rhetorik der »natürlichen« Geschlechterrollen bietet eine Anschlussfähigkeit an völkisch-rechtsextreme Gesellschaftsideale, in denen das dichotome, patriarchale Geschlechterverhältnis die Ordnungsinstanz nach innen ist. Eine Vielfalt von Lebensentwürfen ist für die AfD – wie auch für die völkisch-rechtsextreme Szene – Ausdruck von Zerfall. Die Gleichwertigkeit von Menschen ist auf keiner Ebene eine denkbare oder gar praktische Kategorie.

Wie geht eine Gesellschaft damit um? Versuchen wir die Partei zu verbieten, wie die NPD? Lässt sich

ihr Hass schönreden oder verdrängen? Welche Reaktion auf infame Hetze, auf Verachtung, Herablassung und Demagogie, wie sie uns durch die AfD und andere entgegenkommen, ist angemessen?

Grundsätzlich gilt: Mit einer Partei, die die Gleichheit aller Menschen bestreitet, kann man nicht in den Dialog treten. Aber man kann ihr argumentativ entgegentreten, nachbohren und sie zur Rede stellen. Doch es wird arbeitsintensiv. Wie verhalten wir uns in einer Auseinandersetzung, wenn sie heftig wird? Wenn sie persönlich wird, wenn sie uns in die Enge treibt, weil sie Grundsätzliches einfach infrage stellt? Der große Liberale Ralf Dahrendorf bemängelte stets die Konfliktunfähigkeit der Deutschen. Er sah darin eine der großen Gefahren der Demokratie. Konflikte auszutragen ist ebenso essentiell für die Demokratie wie die Rechtsstaatlichkeit. Das eine ohne das andere funktioniert nicht. Ein Rechtssystem ohne Debatte ist so hohl wie die Debatte ohne rechtliche Grundlagen.

Wenn die Vernunft und das Argument scheitern, scheitern wir dann auch? Nein. Demagogie hat eigene Regeln. Wie in einem Spiel. Die müssen wir kennen, um darauf reagieren zu können. Und dafür brauchen wir Eigenschaften, an denen es leider manchmal noch mangelt: Überzeugende Argumente, einen kühlen Kopf, ein heißes Herz, Selbstbewusstsein, eine klare Haltung, das Wissen um die Tricks der Demagog_inen. Und den Rechtsstaat, dessen Handeln im Sinne der Demokratie wir Tag für Tag einfordern müssen. Daran werden wir jetzt arbeiten. Diese Handreichung hat einige praktische Tipps versammelt für diejenigen, die Tag für Tag an der Basis um die demokratische Kultur und ihre Werte streiten.

Der deutsche Journalist und Kabarettist Martin Morlock beschreibt Demagogie folgendermaßen¹: »Demagogie betreibt, wer bei günstiger Gelegenheit öffentlich für ein politisches Ziel wirbt, indem er der Masse schmeichelt, an ihre Gefühle, Instinkte und Vorurteile appelliert, ferner sich der Hetze und Lüge schuldig macht, Wahres übertrieben oder grob vereinfacht darstellt, die Sache, die er durchsetzen will, für die Sache aller Gutgesinnten ausgibt und die Art und Weise, wie er sie durchsetzt oder durchzusetzen vorschlägt, als die einzig mögliche hinstellt.«

Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) fordert aktuell die politischen Machtverhältnisse heraus. Durch die zweistelligen Ergebnisse bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und den Einzug als zweitstärkste Fraktion in Sachsen-Anhalt erhöht sich das politische Gewicht der AfD sprunghaft. Zuvor konnten schon im Zuge der Wahlen in Brandenburg, Bremen, Hamburg, Sachsen und Thüringen erste Sitze in den Landtagen gesichert werden. Somit ist die politische Mitsprache der AfD in diesen Bundesländern bereits demokratisch gesetzt. Auch für die verbleibenden Landtagswahlen lassen Prognosen weitere Stimmenzuwächse erwarten. In Anbetracht der zurückliegenden AfD-Wahlkämpfe und des Auftretens von Parteivertreter_innen sehen sich viele Menschen mit einem Problem konfrontiert: Wie soll eine Auseinandersetzung mit einer Partei erfolgen, deren Mitglieder Positionen vertreten, die von konservativ, populistisch bis hin zu offen rechtsextrem changieren? Vor allem Politiker_innen, Journalist_innen und Pädagog_innen müssen in ihrem Arbeitsumfeld auf die AfD reagieren.

Was ist an der AfD problematisch?

Als junge Partei, die sich in permanenten Umbrüchen befindet, ist die AfD insgesamt schwer zu fassen und noch schwerer zu bewerten. Ihrer Politik nach ist sie eine Partei, die rassistische und menschenfeindliche Ressentiments bedient und dazu beiträgt, Hetze und Abwertung von Menschen zu normalisieren. Die Wahlerfolge der AfD verändern das demokratische System Deutschlands schon jetzt. Deshalb ist es auch jetzt nötig, sich mit ihrer Politik auseinanderzusetzen und Strategien für den Umgang zu erarbeiten.

Ein weiteres Risiko ist ein allgemeiner Trend hin zu populistisch geführten politischen Debatten. Bisher wurde dem Rechtspopulismus der Partei oft nicht entschieden und nicht fundiert genug entgegengetreten. Dies aber müssen Politik und Medien leisten, um die scheinbar »einfachen Lösungen« erfolgreich zu demaskieren. Wähler_innen der Partei sollte klar sein, welches politische Programm sie mit ihrer Stimme befürworten. Dies gilt insbesondere für Positionen abseits der Flüchtlingsthematik.

Menschenfeindliche Haltungen müssen wir benennen – und uns klar davon abgrenzen. Andere Parteien dürfen keinen Zweifel darüber entstehen lassen, dass sie menschenverachtende und diskriminierende Äußerungen aus der AfD verurteilen.

Opferinszenierung

Die AfD knüpft an die Opferinszenierung von PEGIDA an. In den mittlerweile schon eingeschworenen Rufen über die »Lügenpresse« sieht sich die Partei als einzige politische Kraft, die sich dem selbst formulierten Denkverbot widersetzt, und inszeniert sich darüber als Opfer von Medien und Politik, die angeblich (links) ideologisch motiviert über die Partei berichten beziehungsweise sprechen. Das ist vor allem deswegen bemerkenswert, weil kaum eine Partei über eine derartig überdurchschnittliche und anhaltende Medienpräsenz verfügt wie die AfD. Diese Inszenierung als Opfer des »Systems« folgt einer einfachen Taktik: Sie erzeugt ein »wir gegen die«-Gefühl. Der derzeitige Versuch demokratischer Parteien, durch sprachliches »Aufrüsten« und immer noch radikalere Forderungen der AfD das Wählerpotenzial abzugraben, folgt einem Trugschluss. Denn: Wer rechts wählt, der wählt das Original. Das subjektive Unsicherheitsgefühl und die Abstiegsängste dieser Wähler_innenschaft werden sich immer wieder durch die AfD-Programmatik katalysieren lassen.

Eine Partei, viele politische Nuancen

Eine Verortung der Partei als Ganzes innerhalb des politischen Spektrums gestaltet sich schwierig. Ein Grund dafür ist das länderspezifische Auftreten der Partei. So finden sich beispielsweise große Unterschiede in der Selbstinszenierung der AfD im Zuge der zurückliegenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg. Die eher ressourcenschwache AfD in Sachsen-Anhalt führte einen offensiven Wahlkampf, in dem sie sich als »Bewegungspartei« stilisierte und vorhandene Unzufriedenheit und Empörung der Bevölkerung für ihre Zwecke mobilisierte. In Baden-Württemberg entschied sich die dort deutlich professioneller

ausgestattete AfD hingegen dafür, den Wahlkampf auf wenige seriöse Spitzenkandidat_innen zu fokussieren und radikalere Forderungen und Parteimitglieder in die zweite Reihe zu stellen. Auch in den Landesparteiprogrammen wird deutlich, wie sich die AfD an die jeweiligen regionalen Verhältnisse anpasst, unterschiedliche Schwerpunkte setzt und den Grad an radikalen Forderungen zweckgebunden variiert. Auf Bundesebene ist sie dadurch umso schwerer zu fassen.

Das Verhältnis der AfD zur Demokratie

Die AfD sieht sich selbst als demokratische Partei.² Nach innen³ und außen⁴ vertritt sie die Forderung nach Direkter Demokratie. Ihrer verschwörungs-ideologischen Ansicht nach herrscht »eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien«⁵, der ein geeinter Gemeinwohlwille des Volkes entgegengesetzt werden soll. Die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik Deutschland hält der Bundesvorstand der AfD für besonders anfällig für »macht- und interessengetriebene Entscheidungen«⁶.

Zwar gibt die Partei vor, grundgesetzlich verbürgte Minderheitenrechte schützen zu wollen⁷, letztlich sieht sie sich jedoch als Vertreterin einer als deutsch definierten, unterdrückten Mehrheit. Demokratie ist für die AfD vornehmlich die Herrschaft der Mehrheit über alle. Sie glaubt, eine Mehrheit der Deutschen werde von Eliten politisch unterdrückt, so dass sie ihre – zum Teil rassistischen und chauvinistischen – politischen Wünsche nicht verwirklichen können.⁸ Kritik rechtspopulistischer Akteure richtet sich im Kern vielfach gegen die liberale Demokratie: Für sie sind die Unabhängigkeit von Medien und Gerichten nachrangig, grundsätzliche Verfahrensweisen liberal-pluralistischer Demokratien werden infrage gestellt, wie hier auch ein Interessenausgleich auf nationaler oder internationaler Ebene. Der geeinte Volkswille soll schließlich in der Direkten Demokratie alle Widersprüche zum Schweigen bringen. Welche Art »Volksmehrheit« von diesen Versprechungen der AfD angetan ist, zeigt sich in den sozialen Netzwerken. Anhänger_innen projizieren ihre demokratiefernen und -feindlichen Herrschaftsphantasien auf die Partei, innerhalb derer sich viele bereitwillig als Projektionsfläche zur Verfügung stellen. Minderheiten haben innerhalb dieser Vorstellung von Demokratie mehr zu befürchten als zu erhoffen.

Ist die AfD rechtspopulistisch?

Vielfach wird die noch junge Partei als rechtspopulistisch beschrieben. Was ist damit gemeint? Populismus charakterisiert eine Anti-Establishment-Haltung, die einer konstruierten Elite ein ebenfalls konstruiertes »Volk« entgegensetzt. Als rechtspopulistisch werden Gruppierungen bezeichnet, die sich auf einen rassistischen, kulturalistischen oder nationalistischen Volksbegriff stützen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegen vermeintlich Nicht-Zugehörige formulieren.⁹ Darüber hinaus bezeichnet Rechtspopulismus eine strategische Option des Rechtsextremismus¹⁰, die sich demokratischer Mittel bedient, um an gesellschaftliche Debatten anzuschließen, und sich als legitime politische Position unter vielen präsentiert. Provokationen sind kalkuliert und Teil einer Strategie, durch die eine Verschiebung der Grenzen des Sagbaren erreicht werden soll.¹¹ Wenn rassistische Abwertungen als »Asylkritik« verharmlost werden, ist eine solche Grenzverschiebung etwa bereits gelungen.¹² Diese Kommunikationsstrategie ist bereits von der rechtsextremen Strömung der »Neuen Rechten« erprobt.¹³ Ziel ist es, eine kulturelle Hegemonie zu erreichen und eine autoritäre Gesellschaftsordnung zu errichten.

Die Partei Alternative für Deutschland kann also in diesem Sinne als rechtspopulistisch bezeichnet werden.

Innerhalb der AfD existiert zudem eine für rechtsextreme Positionen offene Strömung, die durch den Austritt der Mitglieder des Flügels um Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel gestärkt wurde.¹⁴ Mitglieder und führende Politiker_innen der AfD unterhalten enge Verbindungen zu den deutschen Vertreter_innen der »Neuen Rechten«¹⁵, welche die Politiker_innen der AfD wiederum als Chance für die Umsetzung ihrer rechtsextremen Politik begreifen und publizistisch unterstützen.¹⁶ Innerhalb der AfD wird dieser sich ausweitenden, dem Rechtsextremismus gegenüber offenen Strömung kaum oder kein qualifizierter Widerspruch entgegengesetzt. Dies kann als Schwäche bürgerlicher Strömungen der AfD gewertet werden – oder als strategische, stillschweigende Bestätigung rechtsextremer Positionen.

So kann die AfD nicht als eindeutig antisemitisch eingestuft werden. Durch ihre Inszenierung als neue Partei, die als einzige die Interessen des »Volkes« gegen das politische System, das Establishment, die Mächtigen und die »Lügenpresse«

vertritt, bietet sie jedoch viele Identifikationsangebote an Personen mit einem antisemitischen Weltbild. Diese sind dementsprechend auch zahlreich in der Partei vertreten.

AfD und »Neue Rechte«

Die Alternative für Deutschland befindet sich im Jahr 2016 noch immer in ihrer Gründungsphase. Noch ringen verschiedene Strömungen, Flügel und Gruppierungen um die Hegemonie ihrer Positionen innerhalb der Partei. Es lässt sich feststellen, dass Teile der Partei offen mit der rechtsextremen Strömung der »Neuen Rechten« kooperieren (z. B. Mitglieder der Patriotischen Plattform oder der Gruppierung Der Flügel). Auch die »Neue Rechte« um beispielsweise das Institut für Staatspolitik, die Identitäre Bewegung oder das COMPACT Magazin bewirbt offensiv die AfD. Das Netzwerk zwischen Politiker_innen der AfD und Akteur_innen der »Neuen Rechten« kann auf dem von der Amadeu Antonio Stiftung geförderten Projekt Wiki der Neuen Rechten unter www.neue-rechte.net nachvollzogen und erweitert werden.

In diesem Zusammenhang kann auch die teilweise vorgebrachte Abgrenzung von Neonazis oder offen antisemitischen Positionen taktische Gründe haben. Dabei nutzen Vertreter_innen der Partei eine Widerstands-, Notwehr-¹⁷ und Untergangsrhetorik, die das gegenwärtige Klima von rasant steigenden rassistischen Übergriffen befördert.

Das bürgerlich-konservative Image, das die AfD von sich verbreitet, macht die Partei so gefährlich. De facto delegitimieren Politiker_innen der Partei das politische System (»Altparteien«) und Medien (»Lügenpresse«), wodurch sich Teile der AfD außerhalb des pluralistischen Diskurses der Bundesrepublik positionieren. Die rhetorischen Provokationen müssen als Strategie erkannt werden, um Bürger_innen gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland aufzuwiegeln. Wenn die AfD als »normale« Rechtsaußen-Partei im Parteienspektrum akzeptiert wird, heißt das zu akzeptieren, dass menschenfeindliche Haltungen sich ausbreiten. Das ist nicht nur im Hinblick auf die unveräußerlichen Grundwerte einer demokratisch verfassten Gesellschaft äußerst bedenklich.

Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass es beim Rechtspopulismus um mehr als die AfD geht, auch wenn diese gerade gemeinsam mit PEGIDA die Debatten dominiert. Der AfD und PEGIDA gelingt es zwar derzeit besonders erfolgreich, »besorgte

Bürger_innen« und Rechtsextreme gleichermaßen hinter sich zu versammeln. Die Partei fungiert so als Sammelbecken für rechtspopulistische Positionen verschiedener Zuspitzung. Die Positionen gibt es aber auch ohne die AfD und PEGIDA – sie müssen inhaltlich bearbeitet werden.

Ein pauschaler Ausschluss der Partei aus dem demokratischen Diskurs ist auf dieser Grundlage nicht möglich und soll auch nicht Ziel sein. Die AfD ist trotz ihrer Radikalisierung heterogen. Vor der Auseinandersetzung ist es wichtig, die Positionen der einzelnen Landesverbände und Politiker_innen zu analysieren, um die jeweils geeigneten Mittel zu wählen. Zugleich soll aufgezeigt werden, wann eine sachlich-konstruktive Debatte unter Beteiligung von Anhänger_innen und Politiker_innen der Partei nicht (mehr) zu führen ist. In diesem Sinne ist die folgende Übersicht von Handlungsoptionen als erste Hilfestellung gedacht.

Allgemein gilt:

Informiert sein

Um der AfD argumentativ zu begegnen, sollten ihre Forderungen und Strategien bekannt sein. So können ideologische Verkürzungen, widersprüchliche Positionen und drohende Konsequenzen ihrer Politik deutlich gemacht werden. Auch das Wissen um personelle Strukturen und Netzwerke der AfD ist hilfreich hinsichtlich ihrer Verortung im Parteienspektrum. Im Anhang sind Studien und andere wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit der AfD zum Weiterlesen aufgeführt.

Positionen reflektieren

Einstellungen und Verhaltensweisen, die Menschen aufgrund bestimmter Zuordnungen und Zuschreibungen abwerten und diskriminieren, gibt es in allen Teilen der Gesellschaft. Eine glaubwürdige Abgrenzung von der AfD setzt die Reflexion eigener Positionen und eine klare Distanz gegenüber rechten Haltungen und rechtspopulistischen Strategien voraus. Die Reflexion von Haltungen kann auch durch Perspektivenvielfalt gefördert werden. Es bietet sich daher an, bei Veranstaltungen die Perspektive derer einzubinden, die vom Hass betroffen sind: Nicht über Geflüchtete, Migrant_innen, Homosexuelle reden – sondern mit ihnen.

Rechter Hetze widersprechen

Rassistische, menschenverachtende und herabwürdigende Äußerungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Entsprechende Wortbeiträge sollten durch persönliche Erklärungen erwidert und ggf. auf ihre strafrechtliche Relevanz geprüft werden. Bei massiven Störungen und Provokationen auf öffentlichen Veranstaltungen sollte vom Hausrecht Gebrauch gemacht werden.

Hausrecht gebrauchen und Regeln durchsetzen

Bei öffentlichen Veranstaltungen finden populistische Äußerungen am meisten Widerhall. Das Hausrecht ermöglicht, bestimmte Personen oder Personenkreise bereits in der Einladung zur Veranstaltung nach § 6 VersG von der Teilnahme auszuschließen. Teilnehmende, welche die Veranstaltung durch rassistische Äußerungen »gröblich stören«, können nach § 11 VersG durch die Veranstaltungsleitung ausgeschlossen werden.

Auf **Netz gegen Nazis** sind rechtspopulistische Gesprächsstrategien gesammelt und Hinweise dazu, wie man ihnen argumentativ begegnen kann. Auf der Plattform gibt es ebenfalls eine Auflistung an Beratungsnetzwerken gegen Rechtsextremismus. Die Beratungsteams vor Ort sind die richtigen Ansprechpersonen im Umgang mit Neonazis und bieten häufig auch Fortbildungen und Workshops an.

www.netz-gegen-nazis.de

Das **Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.** bietet Argumentations- und Handlungstrainings gegen Rechts an. Ziel der Trainings ist der Erwerb von Argumentations- und Handlungskompetenzen in der Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Einstellungen. Trainiert wird die Fähigkeit, diese Einstellungen zu erkennen und argumentativ zu widerlegen. Zielgruppe sind Mitarbeiter_innen und Verantwortliche in Vereinen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften und Verwaltungen sowie Multiplikator_innen. Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.

Telefon: 0351. 481 00 64

E-Mail: turid@netzwerk-courage.de

www.netzwerk-courage.de

Soziale Netzwerke wie Facebook dienen als wichtige Hilfsmittel zur Wählermobilisierung. Keine Partei profitiert so sehr davon wie die AfD. Das Projekt **no-nazi.net** der Amadeu Antonio Stiftung widmet sich rassistischer Hetze im Internet und in Sozialen Medien. Es unterstützt Menschen, die sich für demokratische Werte, gegen hasserfüllte Ideologie und Hetze einsetzen wollen.

www.no-nazi.net

Telefon: 030. 240 886 24

E-Mail: nonazinet@amadeu-antonio-stiftung.de

Auseinandersetzung in Parlamenten und Kommunalvertretungen

Geschlossenheit signalisieren

Gemeinsame Erklärungen der demokratischen Parteien können ein deutliches Signal in der Auseinandersetzung mit der AfD setzen. Über anlassbezogene Erklärungen hinaus sind Absprachen möglich, die einen gemeinsamen Umgang mit der AfD festlegen. Der demokratische Konsens sollte öffentlich gemacht und begründet werden.

AfD nicht allein eine Bühne bieten

Vertreter_innen der AfD sollte niemals allein eine Bühne geboten werden. Auch nicht, wenn es das Ziel ist, die Partei »zu entlarven«. Dies würde dazu führen, dass es nur um die AfD geht, aber nicht um Sachthemen. Generell ist es kontraproduktiv, sich an der AfD abzuarbeiten.

Eigene Themen setzen

Die Auseinandersetzung mit der AfD sollte sich nicht auf die Entgegnung von Wortbeiträgen und parlamentarischen Initiativen beschränken, sondern Vielfalt und Teilhabe als ein Querschnittsthema der eigenen Politik verstanden werden. Um die Partei daran zu hindern, Parolen und Ressentiments auszubreiten, sollte die AfD zu konkreten Sachthemen befragt werden.

Handlungsspielräume nutzen

Rechtspopulistischer Propaganda sind Grenzen gesetzt, die in den jeweiligen Geschäftsordnungen der Parlamente und Kommunalvertretungen festgelegt sind. Diese enthalten gestaffelte Sanktionen wie den »Ruf zur Sache« oder zur »Ordnung«, den Wortentzug oder den Ausschluss von der Sitzung. Die Maßnahmen sollten ausgeschöpft werden, um sachliche Debatten zu gewährleisten.

Normalisierungseffekte vermeiden

Die Politik der AfD richtet sich gegen eine offene, solidarische und demokratische Gesellschaft. Die Bildung einer gemeinsamen Fraktion oder Zählgemeinschaft sowie gemeinsame Anträge oder Abstimmungen würden die Partei aufwerten. Gemeinsame Auftritte bei öffentlichen Veranstaltungen sollten gemieden werden, wenn keine andere Form der Distanzierung möglich ist oder die AfD einlädt.

Öffentlichkeit herstellen

Die Auseinandersetzung mit der AfD hat nicht die Partei, sondern eine breite Öffentlichkeit zum Ziel. Durch geeignete Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – etwa in parteinahen Medien und Sozialen Netzwerken – können demokratische Parteien über die Politik der AfD aufklären und ihre Ablehnung nachvollziehbar und transparent machen.

Erfahrungstransfers schaffen

Auf Kommunal-, Bundes- und Europaebene erfordert die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus spezifische Strategien. Materialien und Fortbildungen können zur Wissensvermittlung und zum Erfahrungsaustausch beitragen. Auf lokaler Ebene können parteiübergreifende Bündnisse für Vielfalt und Demokratie den Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft fördern.

Die **mbr – mobile Beratung gegen Rechts-extremismus** in Berlin bietet eine Fortbildung für Kommunalpolitiker_innen, aber auch für Interessierte aus kommunaler Verwaltung und demokratischer Zivilgesellschaft an. Darin werden die zentralen strategischen Vorgehensweisen von Rechtsextremen und Rechtspopulist_innen in der Kommunalpolitik dargestellt. Dabei soll der Blick der Teilnehmenden auch anhand eines bezirksübergreifenden und überregionalen Vergleichs geschärft werden. Ausgehend von den eigenen Erfahrungen und Fragen der Teilnehmenden werden erfolgversprechende Handlungsstrategien und Argumentationsweisen für Demokrat_innen diskutiert.

Telefon: 030. 817 985 810

E-Mail: info@mbr-berlin.de

www.mbr-berlin.de

Umgang mit der AfD in den Medien

Zahlen und »Fakten« hinterfragen

Umfragen und Statistiken haben immer Autor_innen, manche stehen der AfD nah.¹⁸ Es sollte nicht jede Sensationszahl unkommentiert übernommen werden. AfD-Redner_innen überwältigen Mitdiskutant_innen oftmals mit Zahlen und vorgeblichen Fakten. Stets sollten Quellen erfragt und »Fakten«¹⁹ auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft werden.

Menschenfeindliche Positionen benennen

Die AfD vertritt rassistische, sozialdarwinistische, wohlstandschauvinistische und sexistische Positionen. Diese sollten nicht nur als solche benannt werden – wichtiger ist es zu erklären, warum diese problematisch sind.²⁰ Auch hinter scheinbar konservativen Themen steckt häufig eine Abwertung von Minderheiten.

Themenhopping unterbinden

Rechtspopulist_innen arbeiten mit Ängsten, Feindbildern und Mutmaßungen – an konstruktiven Lösungsvorschlägen sind sie selten interessiert. Hinter Provokationen steckt nicht selten Taktik. Journalist_innen sollten sich dessen bewusst sein und sich nicht auf Ablenkungsmanöver einlassen. Bei der Frage bleiben und durch stringentes Nachhaken zum Kern einer Aussage vordringen.²¹

TV-Debatten führen

AfD-Politiker_innen werden fortlaufend in Talkshows eingeladen. Im Vorfeld sollte man sich dabei die Frage stellen: Ist der oder die Moderator_in einem oder einer geschulten Demagog_in inhaltlich gewachsen? Sind es die Mitdiskutierenden? Nur so kann eine Diskussion um Inhalte geführt werden.

Es geht auch ohne AfD

Es muss nicht auf jede Provokation von Seiten der AfD reagiert werden. Aus demselben Grund muss die Partei auch nicht in jeder Talk-Runde vertreten sein, um eine ausgewogene Debatte führen zu können. Generell gilt: Positionen zu referieren, aber nicht direkt zu zitieren bietet weniger Möglichkeit zur Selbstinszenierung.

Einwanderung und Integration gehören zu den Dauerthemen der medialen Berichterstattung, doch die Beiträge zu diesen Themen sind oft von Stereotypen geprägt. Der **Mediendienst Integration** unterstützt Journalist_innen bei ihrer Recherche zu diesen Themen und leistet einen wertvollen Beitrag zu einer differenzierten und rassistuskritischen Berichterstattung.

Telefon: 030. 200 764 80

lindner@mediendienst-integration.de

www.mediendienst-integration.de

Interventions- und Handlungsstrategien in der pädagogischen Arbeit

Menschenverachtende Positionen hinterfragen

Im Rahmen der U18-Wahlen können Pädagog_innen mit Jugendlichen demokratiefeindliche und menschenverachtende Positionen in Wahlprogrammen oder Äußerungen von AfD-Spitzenpolitiker_innen kritisch hinterfragen und diskutieren.

Schlüsselthemen erarbeiten

Pädagog_innen können Foren schaffen, um Schlüsselthemen der AfD, wie Flucht, Asyl, Familie, Presse, Zweigeschlechtlichkeit und »Deutschsein« in Bildungseinrichtungen zu besprechen und Gegenentwürfe zu erarbeiten, die sich an Pluralität orientieren.

Dagegen argumentieren

Durch demokratiepädagogische Angebote kann Argumentationskompetenz gegen menschen- und demokratiefeindliche Ideologie gezielt gefördert werden, um Jugendliche on- und offline in der Gegenrede zu stärken.

Schnittmengen im Rechtspopulismus aufzeigen

Strategien rechter Gruppierungen und inhaltliche Schnittmengen zwischen »Neuer Rechten«, Rechts-extremen und -GIDA-Bewegungen mit der AfD sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit, Rassismus und Antisemitismus können von fachlich geschulten Pädagog_innen erklärt werden.

Anschlussfähigkeit zum popkulturellen Mainstream

Jugendkulturelle Codes und Fragmente völkischer, rassistischer Weltbilder im popkulturellen Mainstream (HipHop, Web 2.0 Plattformen etc.) sind teilweise anschlussfähig an das menschenfeindliche Gedankengut der AfD. Diese gilt es zu thematisieren und darüber aufzuklären.

Ziele und Strategien reflektieren

Beteiligt sich die AfD im Sozialraum der Einrichtung, z.B. bei Kinder- und Familienfesten, in Bezirksparlamenten etc., sollten Ziele, Personen und Strategien der AfD vor Ort reflektiert werden.

Klar von Rechtspopulist_innen distanzieren

Die Einrichtung muss sich klar von Personen distanzieren, die einer Partei angehören oder einer Szene zugeordnet werden können, in denen völkisches, rechtes, menschenfeindliches Gedankengut propagiert oder von der Ungleichwertigkeit von Menschen ausgegangen wird. Personen mit diesem Hintergrund können jederzeit der Einrichtung verwiesen und eine Zusammenarbeit ausgeschlossen oder aufgekündigt werden.

Die in Berlin und Hannover ansässige »**ju:an-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit**« entwickelt Konzepte und Instrumente, um Antisemitismus und Rassismus zusammen zu denken und zu bearbeiten. Die Praxisstelle berät, schult und coacht Multiplikator_innen der (Offenen) Kinder- und Jugendarbeit bei der Umsetzung nachhaltiger antisemitismus- und rassismuskritischer Praxis.

ju:an-Praxisstelle
Amadeu Antonio Stiftung
Berlin: Telefon: 030. 240 886 15
E-Mail: praxisstelle@amadeu-antonio-stiftung.de
Hannover:
Telefon: 0511. 89734333
E-Mail: praxisstelle-hannover@amadeu-antonio-stiftung.de
www.projekt-ju-an.de

Die **Fachstelle Gender und Rechtsextremismus** der Amadeu Antonio Stiftung bündelt Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis und bietet geschlechterreflektierende Beratung und Fortbildung für Pädagog_innen und Sozialarbeiter_innen in Kindertagesstätten und Jugendzentren an. Es werden unter anderem Fragen zu Geschlechterstereotypen, traditionellen Familienbildern und zum Umgang mit rechtsextremen Eltern behandelt.

www.gender-und-rechtsextremismus.de
Telefon: 030. 240 886 12
E-Mail: heike.radvan@amadeu-antonio-stiftung.de

Spezifika im Umgang mit der AfD im schulischen Bereich

Wahlkampf unterbinden

In den letzten sechs bis vier Unterrichtswochen vor einer Wahl sind Unterrichtsbesuche und parteipolitische Veranstaltungen in Schulen nicht möglich. Die Schulleitung kann mit Verweis auf das Schulrecht parteipolitische Veranstaltungen absagen.

Veranstaltungen gestalten

Eigene Veranstaltungen politischer Parteien sollten in Schulgebäuden nur durchgeführt werden, wenn sie erkennbar nicht rein parteipolitischer Natur sind, sondern sich wichtigen Fragen in Staat und Gesellschaft widmen und offen sind für die Teilnahme anderer.

Parteienwerbung verbieten

An Schulen darf keine Parteienwerbung verteilt werden. Die Schulleitung sollte nicht zögern, vom Hausrecht Gebrauch zu machen, wenn dies doch geschieht.

Für politische Ausgewogenheit sorgen

Generell gilt: Die Schule hat dafür zu sorgen, dass bei den Einladungen, die im Laufe eines Jahres ausgesprochen werden, keine demokratische Partei bevorzugt oder benachteiligt wird. Die AfD ist eine in Teilen der BRD demokratisch gewählte Partei, sie vertritt aber undemokratische Werte der Ungleichwertigkeit. Die Schule muss diesen Inhalten keine Bühne bieten.

Die **RAA** (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie) setzen sich mit ihrer Arbeit für mehr Bildungsgerechtigkeit ein. Sie fördern die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund und die Herstellung einer demokratischen Kultur in Schule und Gesellschaft. Hierzu gehören unter anderem die Unterstützung der Sprachförderung mit Hilfe von Sprachpaten und das Handeln gegen Ressentiments.

RAA Berlin (Kontakt für Bundesarbeitsgemeinschaft der RAA)

Telefon: 030. 240 45 100

E-Mail: andres.nader@bag-raa.de

www.baa-raa.de

Pädagogisch begleiten

Eine pädagogische Begleitung von parteipolitischen Veranstaltungen durch kompetentes Lehrpersonal ist unerlässlich, insbesondere wenn diese in der Schule stattfinden. Die gemeinsame Nachbereitung solcher Veranstaltung mit den Schüler_innen ist auch eine Chance, eine kritische Reflexion der politischen Debatte anzuregen und Ziele, Forderungen und Strategien der Parteien kritisch zu hinterfragen.

Sachliche und themenbezogene Diskussion

Sitzt ein oder eine AfD-Politiker_in im Podium, sollte ein oder eine geschulte_r Moderator_in darauf achten, dass am Kern der Sache, mit Praxisbezug zur Unterrichtsthematik diskutiert wird.

Das **Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.** bietet Projekttagge gegen Ausgrenzung und für ein solidarisches Miteinander an. Sie sollen die Kinder und Jugendlichen zu couragiertem Handeln gegen Diskriminierung und Rassismus ermutigen. Zusätzlich bietet das NDC Fortbildungen zu Grundlagen und Handlungsmöglichkeiten gegen Diskriminierung und Neonazismus für Lehrer_innen und Pädagog_innen an.
Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.
Telefon: 0351. 481 00 64
E-Mail: turid@netzwerk-courage.de
www.netzwerk-courage.de

Das Projekt »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« zielt darauf ab, ein Schulklima zu erreichen, das von gegenseitiger Achtung und der Anerkennung individueller Eigenheiten geprägt ist, gepaart mit der gemeinsamen Suche nach verbindenden Normen. Die Bundeskoordination erstellt Materialien, in denen die Handlungsansätze, Themenfelder, Methoden und die Arbeitsweise des Projekts vorgestellt werden. Sie führt darüber hinaus bundesweite Fachtagungen, Qualifizierungsseminare und Vernetzungstreffen durch.

Telefon: 030. 2145860

E-Mail: schule@aktioncourage.org

www.schule-aktioncourage.org

Weiterlesen

Amadeu Antonio Stiftung (2016): Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien – Handlungsempfehlungen. <http://bit.ly/1V5XEhq>

Amadeu Antonio Stiftung (2016): Dossier »Umgang mit der AfD«. <http://bit.ly/1WB7NSQ>

Amadeu Antonio Stiftung (2016): Rechtspopulistischen und rechtsextremen Mobilisierungen entgegenzutreten – Willkommenskultur für Flüchtlinge und Asylsuchende etablieren. Dokumentation der Fachtagungen 2015/2016. <http://bit.ly/1qL8JYz>

Amadeu Antonio Stiftung (2016): Das Bild des »übergriffigen Fremden« – warum ist es ein Mythos? Wenn mit Lügen über sexualisierte Gewalt Hass geschürt wird. <http://bit.ly/1OP6cnH>

Brumlik, Micha; Funke, Hajo (2016): Acht Thesen zum 13. März: Demokratie verteidigen. Die rechtsradikale AfD stellen. Ein Appell. <http://bit.ly/1VpiU1z>

Campact e.V. (2016): Steuern, Bildung, Hartz IV: Was die AfD wirklich will. blog.campact.de, 07. März 2016. <http://bit.ly/1U01M1N>

Correctiv.org (2016): Das AfD Programm entschlüsselt. Eine subjektive Analyse des Programmwerfs der Rechtspopulisten. <http://bit.ly/1QVe5sM>

Friedrich, Sebastian; Reinesch, Pit; Schug, Kathrin; Schwalbach, Jan (2014): Hinter der Fassade! Rechtspopulistische Strategien und Argumentationsmuster. Broschüre von Pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven. <http://bit.ly/1SjfiEg>

Häusler, Alexander (2016): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden.

Hensel, Alexander; Geiges, Lars; Pausch, Robert; Förster, Julika (2016): Die AfD vor den Landtagswahlen 2016. Programme, Profile und Potenziale. Arbeitspapier Nr. 20 der Otto Brenner Stiftung. <http://bit.ly/1W2AyXX>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, Verein für Demokratische Kultur in Berlin (2015): Wi[e]der sprechen: Über die Auseinandersetzung mit der Alternativen für Deutschland und die Notwendigkeit, über Demokratie zu sprechen. <http://bit.ly/1VxZM27>

Kemper, Andreas (2016): ... Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden. - Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der »historischen Mission« Björn Höckes (AfD). <http://bit.ly/1S7sQur>

Kemper, Andreas (2014): Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise. <http://bit.ly/1VA3qrv>

Zick, Andreas; Küpper, Beate (2016): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn: Dietz Verlag.

Anmerkungen

- 1 Morlock, Martin (1977): Hohe Schule der Verführung. Ein Handbuch der Demagogie. Wien/Düsseldorf: Econ Verlag, S. 24.
- 2 »Wir sind überzeugte Demokraten.« AfD (2016): Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Leit Antrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes, o. O., S. 1, Z. 6f., online unter: <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/LeitAntrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf> Stand: 07.04.2016.
- 3 Decker, Frank (2016): Die »AfD« aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, S. 7-23, 17.
- 4 AfD (2016), a. a. O., S. 1, Z. 21, S. 3f.
- 5 Ebd., S. 3, Z. 12f.
- 6 Ebd., S. 4, Z. 4f.
- 7 Vgl. AfD (o.J.): Wer ist die AfD, online unter: <https://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/mut-zur-wahrheit/wer-ist-die-afd/>, Stand: 07.04.2016.
- 8 Vgl. AfD (2016), a. a. O., S. 5, Z. 36-S. 6, Z. 2.
- 9 Vgl. Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel (2009): Populismus, Bundeszentrale für politische Bildung, online: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41192/was-ist-rechtspopulismus?p=all>; Decker, Frank (2016): Die »AfD« aus vergleichender Sicht der Parteienforschung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, S. 7-23, 11f.
- 10 Vgl. Salzborn, Samuel (2015): Rechtsextremismus, 2. Aufl., Bonn, S. 18.
- 11 Ders. (2016): Konfliktpotential in Europa: Weltpolitische Hege-monieansprüche, Neue Züricher Zeitung, 19.02.2016, online: <http://www.nzz.ch/meinung/kommentare/weltpolitische-hege-monieansprueche-1.18697604>; Strobl, Natascha (2013): Kommunikationsstrategien der Neuen Rechten, online: <http://schmetterlingssammlung.net/2013/04/16/kommunikationsstrategien-der-neuen-rechten-2/>; Prantl, Heribert (2016): AfD-Vorschläge: Auf einmal darf gesagt werden, was unsäglich ist, in: Süddeutsche Zeitung, 31.01.2016, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-afd-vorschlaege-auf-einmal-darf-gesagt-werden-was-unsaeglich-ist-1.2842762>.
- 12 Zusammenfassend: Stefanowitsch, Anatol (2015): Kurze Geschichte eines Unworts: Asylkritiker, Sprachlog, 1. August 2015, online: <http://www.sprachlog.de/2015/08/01/kurze-geschichte-eines-unworts-asylkritiker/>
- 13 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin (2010): »Kulturrevolution von rechts«. Der intellektuelle Rechtsextremismus von der »Konservativen Revolution« zur »Neuen Rechten«, in: Spöhr, Holger/Kolls, Sarah (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Aktuelle Entwicklungstendenzen im Vergleich, Frankfurt a.M., S. 45-59, 45; Salzborn, Samuel (2015): Rechtsextremismus, 2. Aufl., Bonn, S. 65.
- 14 Melchers, Karl (2015): »Das rechte Netzwerk macht mobil«, Jungle World Nr. 46, 12.11.2015, <http://jungle-world.com/artikel/2015/46/52976.html>; Pollmeier, Achim/Otto, Kim (2015): Offener Rassismus - die unaufhaltsame Radikalisierung der AfD, ARD, Sendung Monitor vom 14.01.2016, online: <http://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/monitor/videosex-tern/offener-rassismus-die-unaufhaltsame-radikalisierung-der-afd-100.html>.
- 15 Vgl. Kampf, Lena (2015): Höckes AfD: Resonanzraum für die »Neue Rechte«, Panorama, Dezember 2015, online: <https://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Hoekes-AfD-Resonanzraum-fuer-die-Neue-Rechte,hoekeslehre104.html>.
- 16 Korn, Thomas (2014): Jürgen Elsässer, Kremlpropagandist, Zeit Online, 19.07.2014, online unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-07/juergen-elsaesser-russland-propaganda-komplettansicht>; Elsässer, Jürgen (2013): Ist COMPACT eine AfD-Zeitung? Sollen jetzt alle AfD wählen?, Elsässers Blog, 24.08.2013, online: <https://juergenelsaesser.wordpress.com/2013/08/24/ist-compact-eine-afd-zeitung-sollen-jetzt-alle-afd-waehlen/>.
- 17 Brumlik, Micha/Funke, Hajo (2016): Acht Thesen zum 13. März: Demokratie verteidigen. Die rechtsradikale AfD stellen. Ein Appell, online: <https://hajofunke.wordpress.com/2016/02/16/brumlikfunkeacht-thesen-zum-13-maerz-demokratie-verteidigen-die-rechtsradikale-afd-stellen-ein-appell/>
- 18 AfD drittstärkste Partei? Zweifel an Umfrage, NDR vom 17.11.2015. Online: <http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/blog/AfD-drittstaerkste-Partei-Zweifel-an-Umfrage,afd330.html>; zuletzt aufgerufen am 02.03.2016
- 19 Mädchen vergewaltigt? Video: AfD-Mann erfindet Flüchtlings-Verbrechen - und fliegt vor der Kamera auf, Berliner Kurier vom 31.10.2015. Online: <http://www.berliner-kurier.de/news/maedchen-vergewaltigt-video-afd-mann-erfindet-fluechtlings-verbrechen-und-fliegt-vor-der-kamera-auf-23067098>, zuletzt aufgerufen am 02.03.2016
- 20 Mehr Informationen unter <http://www.netz-gegen-nazis.de/afd-alternative-f%C3%BCr-deutschland>
- 21 »Sie können es nicht lassen«, Mannheimer Morgen vom 30.01.2016. Online: <http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/sie-konnen-es-nicht-lassen-1.2620328>, zuletzt aufgerufen am 04.03.2016.
- 22 NRW Bildungsportal, online: <https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Recht/Schulrecht/Fragen-und-Antworten/Schulleitungen/Ueberparteilichkeit-Religionsfreiheit/index.html>
- 23 Handreichung für Besuche von Politikerinnen und Politikern in Schulen, online: http://www.mk.bildung-lsa.de/bildung/be-handreichung_politikerbesuche.pdf. Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt.

UNTERSTÜTZEN SIE INITIATIVEN GEGEN RECHTE HEGEMONIE UND GEWALT

Seit ihrer Gründung 1998 ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Dabei ist es der Stiftung ein wichtiges Anliegen, gleichermaßen Antisemitismus, auch in Form von Israelfeindlichkeit, Rassismus und Sexismus in den Fokus zu nehmen. Nicht erst seit der Selbstenttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« tritt sie daher konsequent gegen Rechtsextremismus ein.

Der Verbreitung rechtspopulistischer Ideologien und rassistischer Gewalt setzt die Stiftung Aufklärung, Sensibilisierung sowie die gezielte Beratung und Förderung von lokalen Initiativen entgegen. Hierfür hat die Amadeu Antonio Stiftung überall in Deutschland bereits über 1000 lokale Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteigerinnen und Aussteiger aus der Naziszene unterstützt. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine finanzielle Unterstützung hinaus zu ermutigen, Öffentlichkeit für ihre Situation zu schaffen und sie zu vernetzen.

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechter Gewalt seit dem Fall der Mauer wurde. Sie ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin
Telefon: 030. 240 886 10
Fax: 030. 240 886 22



info@amadeu-antonio-stiftung.de



amadeu-antonio-stiftung.de



[facebook/AmadeuAntonioStiftung](https://facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)



twitter.com/AmadeuAntonio

Spendenkonto

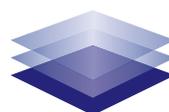
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Wir sind Mitglied im



**Bundesverband
Deutscher Stiftungen**



**Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft**

Wenn wir als liberale und offene Gesellschaft unsere gelebte demokratische Kultur gegen die Wertvorstellungen der AfD verteidigen wollen, müssen wir jetzt aktiv werden! Hierfür hat die Amadeu Antonio Stiftung diesen Leitfaden mit Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD entwickelt, da diese Partei auf absehbare Zeit nicht verschwinden und nachhaltigen Einfluss auf die politische Kultur in Deutschland haben wird. Bereits jetzt gelingt es der AfD durch ihre Medienpräsenz öffentliche Debatten zu beeinflussen.

In dieser Handreichung werden insbesondere die Auseinandersetzung mit der Partei in Parlamenten und Kommunalvertretungen, der Umgang mit der AfD in den Medien, Interventions- und Handlungsstrategien in der pädagogischen Arbeit und die Spezifika im Umgang mit der AfD im schulischen Kontext berücksichtigt. Zudem werden für diese Bereiche Institutionen und Ansprechpersonen genannt, die Ihnen konkret weiterhelfen können.